

ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten
am 22. November 2022

Klagenfurt, 28. Oktober 2022

Pflichtversicherung für Katastrophenfälle

„Es ist nicht vertretbar Hochwasseropfer in der Abhängigkeit von privaten Spenden und Goodwill-Zahlungen von Katastrophenfonds zu halten. Es degradiert Betroffene zu Bittstellern und Almosenempfängern und macht sie damit noch einmal zu Opfern.“

So sinngemäß Norbert Griesmayr, Generaldirektor der VAV-Versicherung (Quelle: Wiener Zeitung).

Für Österreich sind Konzepte bekannt, um den Betroffenen bei Hochwasser, Vermurung, Sturm, Lawinen und Erdbeben einen Versicherungsschutz zu bieten. So werden Betroffene von Bittsteller:innen zu Partnern mit Rechtsanspruch. Griesmayer erklärt weiter, dass eine Pflichtversicherung mit Kosten bei einem Eigenheim von 60 Euro jährlich zu Buche schlagen könnten, Mietwohnungen wären mit ein bis zwei Euro pro Monat gegen den Katastrophenfall versichert.

Als SWV Kärnten möchten wir noch einen Schritt weiter gehen:

So wie die Feuerwehren durch die Brandversicherungssteuer mitfinanziert werden, so möchten wir anregen, dass auch die Katastrophenschutzversicherung durch eine geringfügige Erhöhung der Versicherungssteuer bei Sturmschadenversicherungen mit abgedeckt werden kann. Bei heurigen Volumen würde eine Erhöhung von 1,5 Prozent eben jener Steuer eine Rücklage für den Katastrophenfall von etwa 6,5 Mio. Euro jährlich bringen. Hierzu braucht es natürlich die Versicherungsmathematik, um eine genaue Kalkulation auszuarbeiten, wir können aber von einer sehr leistbaren Erhöhung ausgehen.

Wenn wir darüber hinaus über eine umfassend regulierte öffentlich-private Partnerschaft sprechen: Möglich und EU-konform wäre eine Lösung nach dem Beispiel Norwegen, nämlich eine staatlich vorgegebene Versicherungslösung in Form eines regulierten

Versicherungspools, die alle privaten Versicherer anbieten, also eine Form standardisierter Prämien, die das tatsächliche Risiko nicht berücksichtigen und dadurch für die gesamte Bevölkerung leistbar bleiben.

Laut einer Studie des Instituts für Umweltstudien in Amsterdam wird sich das Risiko für extreme Überschwemmungen in Europa bis 2050 mehr als verdoppeln. Es wäre also jetzt an der Zeit zu handeln, um vorzubeugen!

Der SWV stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Kärnten möge eine nach politischen Fraktionen gleich besetzte Kommission aus der Fachgruppe der Versicherungswirtschaft einberufen und sie mit der Sichtung und Ausarbeitung vertretbarer Konzepte einer Katastrophenschutz-Pflichtversicherung (nicht zwingend nach norwegischem Vorbild) betrauen, um dieses Konzept dann an alle Parteien der Österreichischen Regierung weiterzuleiten. Die Kommission soll sowohl mit Aufwandsentschädigung, als auch mit Infrastruktur und Budget zur Beauftragung von Expert:innen ausgestattet werden.



KommR Alfred Trey
Vizepräsident der
Wirtschaftskammer Kärnten



Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Kärnten